

**Lugano-Kolloquium: 22. September 2023**

**„Einflüsse des Klimawandels auf Migration und Sozialpolitik: Rolle der parlamentarischen Diplomatie“**

**LUGANO-DEKLARATION<sup>1</sup>**

**Einstimmig am 22.9.2023 angenommen**

**[von den 40 Delegierten der 20 anwesenden EA-Mitgliedsvereinigungen]**

1. Wir ehemalige Parlamentarierinnen und Parlamentarier unterstreichen die Bedeutung des Beitrags der parlamentarischen Diplomatie zu den laufenden globalen und europäischen Klimaverhandlungen zur Verringerung der Emissionen und zur Anpassung an den Klimawandel, um die Bemühungen der nationalen Regierungen und internationalen Organisationen zu ergänzen und zu unterstützen. Über die klassische Diplomatie hinaus bezeichnet die parlamentarische Diplomatie die Mittel, mit denen Parlamentarier/Innen und Parlamente verschiedener Ebenen Dialoge führen und als Vermittler/Innen dienen, um Beiträge zu leisten: zur Verbesserung der auswärtigen Politik und Beziehungen, zur Lösung wichtiger und komplizierter Fragen und Themen, wie z.B. Klimawandel, Migration oder Krieg und Frieden, und zur gegenseitigen Ermutigung in Bezug auf die Kontrolle von Regierungen und die Stärkung demokratischer Legitimität intergouvernementaler Organisationen.
2. Der Klimawandel hatte schon immer einen Einfluss auf die Migrationsphänomene von Arten, Ökosystemen und biologischen Gemeinschaften - am Ausgangspunkt, auf der Durchreise (oder den Durchgängen) und am vorläufigen (mehr oder weniger) Zielort sowie auf die soziale Entwicklung der menschlichen Spezies; im Gegenzug hat unsere Spezies das Klima beeinflusst und ist mit einem immer größeren Grad an Freiheit migriert. Darum sollten auch parlamentarische Delegationsreisen den Aspekt des Klimawandels stets mitberücksichtigen.
3. Klimawandel und Migration stehen in einem engen Zusammenhang; alle Länder betreffende Klimaveränderungen haben vielfältige Auswirkungen auf die soziale und kulturelle Biodiversität des Planeten (insbesondere auf die Auswirkungen auf das Wasser und die verschiedenen Wasserkreisläufe), sie bedingen neue erzwungene Migrationsströme, sie verursachen neue Ungleichheiten (die Auswirkungen sind nicht mehr dort am stärksten, wo der menschliche Beitrag zum Klimawandel am größten ist) und sie beeinflussen jede Sozialpolitik und sind damit auch ein wichtiges Feld parlamentarischer Diplomatie.
4. Die Ergebnisse der klimabedingten Migration sind sehr unterschiedlich, wobei sozioökonomische Faktoren und die Ressourcen der Haushalte den Erfolg der Migration beeinflussen; Vertreibung oder Migration mit geringer Akzeptanz geht mit schlechter Gesundheit, schlechtem Wohlbefinden und schlechten sozioökonomischen Ergebnissen für die Migranten einher und bringt weniger Vorteile für die Herkunfts- oder Aufnahmegemeinschaften; unfreiwillige Migration tritt auf, wenn Anpassungsalternativen erschöpft oder nicht praktikabel sind, und spiegelt nicht-klimatische Faktoren wider, die die Anpassungsfähigkeit einschränken und ein hohes Maß an Exposition und Verwundbarkeit schaffen.
5. Zu der hohen Zahl der aus politischen Gründen gemäß der Konvention von 1951 registrierten Flüchtlinge kommen immer mehr Klimavertriebene (Flüchtlinge aus naturbedingten Gründen) und flüchtende Migranten (eine international legal anerkannte Definition gibt es nicht), die ihr eigenes Land verlassen, um in einem anderen ein neues, besseres Leben zu finden, sowie die Kriegsflüchtlinge. Sie alle benötigen eine adäquate Hilfe und eine Chance auf einen Neuanfang. Wir erkennen an, dass der Begriff Flüchtling nur Menschen vorbehalten ist, die in der Genfer Flüchtlingskonvention und in der UN-Resolution 302 (IV) von 1949 verankert sind. Laut dem Globalen Trend 2023 des UNHCR gab es 2022 weltweit 35,3 Millionen Flüchtlinge, die unter das Mandat von UNHCR oder UNRWA (Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge) fallen; andere werden als Asylsuchende (5,4 Millionen) oder als Vertriebene bezeichnet, die entweder intern (von UN-Institutionen registriert und unterstützt) oder international (teilweise durch die Globalen Pakte von 2018 oder andere Konventionen) aufgefangen werden, um eine angemessene Lasten- und Verantwortungsteilung in Flüchtlingsfragen zwischen allen UN-Mitgliedern zu erreichen.

---

<sup>1</sup> Aus dem Englischen und französischen Original am 5.10.2023 übersetzt von Uwe Holtz, als EA-Ehrenpräsident ständiger Gast im Vorstand der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments.

6. Eine andere Gruppe kann mit dem Adjektiv im Zusammenhang mit den globalen menschengemachten Klimaveränderungen beschrieben werden; *Umweltvertriebene* und *internationale Klimaflüchtlinge* sind diejenigen, die unter den Folgen der globalen Erwärmung mit extremen unerwarteten Ereignissen oder langsameren Prozessen (häufigere und intensivere Extremwetterereignisse, Anstieg des Meeresspiegels, Wasserstress) leiden, ohne dafür durch Emissionen verantwortlich zu sein. Es handelt sich um Menschen, die derzeit keinerlei internationalen Schutz genießen; insbesondere wird der Anstieg des Meeresspiegels auch die Küsten vieler europäischer Länder betreffen, was möglicherweise das Auftreten von Binnenvertriebenen und interne Migrations- und Umsiedlungspläne erzwingt. Die institutionellen internationalen Instrumente zur Steuerung von Migrationsströmen müssen sofort gefunden werden auch durch die Umsetzung *der beiden Globalen Pakte für Migration und Flüchtlinge*.

7. Die parlamentarische Diplomatie ist sicherlich keine Alternative zur klassischen Diplomatie, aber sie stellt eine gute Ergänzung zur Außenpolitik dar und schafft den notwendigen parlamentarischen Kontrollmechanismus für supranationale Strukturen und Organisationen, wie die Europäische Union, die Afrikanische Union, den Nordatlantikpakt, den Europarat oder die OSZE.

8. Indem auch anerkannt wird, dass die ParlamentarierInnen über mehrere Vorteile verfügen, weil sie den Finger am Puls der Bevölkerung haben, freier und unabhängiger sind und ein breiteres politisches Spektrum repräsentieren, und dass die parlamentarische Diplomatie Akteure umfasst, wie nationale und internationale Parlamente, ihre Ausschüsse, Delegationen, Freundschaftsgruppen, interparlamentarische Dialoge und einzelne ParlamentarierInnen, kann die parlamentarische Diplomatie Folgendes verbessern:

I. Sie fördert das Verständnis der gegenwärtigen Migrationsphänomene. Kein europäisches Land ist jemals nur ein Zielland für Einwanderung, alle Länder waren und sind auch Auswanderungsländer in der Vergangenheit und in der Gegenwart, aus Austausch und Partnerschaften können kollektive und individuelle Vorteile erwachsen, und die Einwanderung kann dazu beitragen, den anhaltenden demografischen Rückgang zu begrenzen und zu verhindern.

II. Sie fordert ein stärkeres Engagement für die praktische und rasche Umsetzung der Ziele der *UN-Agenda 2030*: wie z.B. bei den Themen Frieden, Resilienz, Gesundheit, Gleichstellung der Geschlechter, Jugend und die Relevanz der internationalen Migration für die Entwicklung der Herkunfts-, Transit- und Zielländer, wobei generell auf stärkere Kohärenz der Maßnahmen und die Entwicklung gemeinsamer Evaluierungskonzepte zu achten ist (bspw. zwischen der EU und Afrika).

III. Sie hebt die Zusammenhänge zwischen biologischer Vielfalt, Klimawandel und der Bekämpfung der Wüstenbildung hervor und berücksichtigt dabei das Gleichgewicht der Ökosysteme, z.B. durch unterstützte Wiederansiedlung, Umsiedlung und *Migration von Arten*: unterstützte Migration und Evolution könnten die Ausrottung und das Aussterben verringern.

IV. Sie erleichtert und beschleunigt die zwischenstaatlichen Klimaverhandlungen im Rahmen der Vereinten Nationen - mit der Anregung, dass dabei auch die Frage der menschlichen „Klima“-Migration, wie im Pariser Abkommen von 2015 erwähnt, stärker und besser berücksichtigt wird.

V. Sie fördert nationale, bilaterale, europäische und multilaterale Maßnahmen zur Umsetzung der beiden von den Vereinten Nationen 2018 gebilligten Globalen Pakte; *"sichere, geordnete und reguläre Migration"* liegt im Interesse sowohl der nichteuropäischen Einwanderinnen und Einwanderer als auch der europäischen Bürgerinnen und Bürger.

VI. Sie fördert das *Bewusstsein* dafür, dass Europa von den außereuropäischen Migrantinnen und Migranten durchaus profitieren kann, um benötigte Arbeitsplätze zu sichern – unter der Voraussetzung ihrer Befähigung und der Förderung gegenseitigen Respekts für die Kulturen, Traditionen und Bräuche der Herkunfts- und Zielländer in ausgewogener Weise unter Beachtung der universellen Menschenrechte; denn nur wenn es uns gelingt, so den gegenseitigen Zusammenhalt zu erreichen, sind auch die Vorteile einer solchen zunehmenden Einwanderung gesichert.

VII. Sie schwächt die negativen Auswirkungen des Klimawandels auf *soziale Ungleichheiten* ab, und zwar durch die Förderung von Politiken zur Verhinderung von Vertreibungen, zur Regulierung und Bewältigung des Vertreibungsprozesses und zur Deckung der Gesundheitsbedürfnisse von Migrantinnen und Migranten.

VIII. Sie fordert, offizielle Stellen mit ausreichenden *Finanzmitteln* dabei zu unterstützen, vor der Ausreise und nach der Ankunft für die Migrantinnen und Migranten einen entsprechenden Sprachunterricht sowie Unterricht über die sozialen Normen und Bräuche im Zielland durchzuführen, indem u.a. nationalistische, rassistische sowie frauen- und fremdenfeindliche Inhalte in Schulbüchern beseitigt werden.

IX. Sie mindert die negativen Auswirkungen der Bevölkerungsbewegungen innerhalb der einzelnen Länder und zwischen den *Ländern der Europäischen Union*, insbesondere derjenigen, die durch die Hauptauswirkungen des globalen anthropogenen Klimawandels erzwungen werden (Anstieg der Meere, Wasserveränderung und Zunahme der Phänomene der Wasserknappheit, zunehmende Häufigkeit und Intensität extremer Wetterereignisse).

9. Regierungen und Parlamente müssen den sozialen Zusammenhalt unter Beachtung der Verteilungsgerechtigkeit stärken. Maßnahmen müssen ergriffen werden, um das Vertrauen der BürgerInnen in die Demokratie zu stärken. ENDE